

Beschlußempfehlung und Bericht **des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Adam, Dr. Walter Franz Altherr, Hans-Dirk Bierling, Paul Breuer, Georg Brunnhuber, Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Dr. Kurt Falthäuser, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Gerster (Mainz), Otto Hauser (Esslingen), Ernst Hinsken, Claus Jäger, Dr. Egon Jüttner, Christian Lenzer, Theo Magin, Dr. Dietrich Mahlo, Claire Marienfeld, Maria Michalk, Dr. Gerhard Päselt, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Bernd Protzner, Heinz Schemken, Graf Joachim von Schönburg-Glauchau, Stefan Schwarz, Heinrich Seesing, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Karl Stockhausen, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Bernd Wilz, Peter Kurt Würzbach, Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Dr. Werner Hoyer, Dr. Sigrid Semper, Jürgen Koppelin, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Cornelia von Teichman, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Olaf Feldmann, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen) und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksache 12/1292 —

Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH der Bundeswehr

A. Problem

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur völligen Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH der Bundeswehr einzuleiten.

B. Lösung

Annahme des von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. aktualisierten Antrages, mit dem die Bundesregierung aufgefordert, mit der Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH (HBG) zum 1. Januar 1993 zu beginnen, dabei die Versorgung der Soldaten in entlegenen und kleineren Standorten weiter zu

gewährleisten und weiterhin ein preisgünstiges Angebot für wehrdienstleistende Wehrpflichtige sicherzustellen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. — Drucksache 12/1292 — in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur völligen Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH der Bundeswehr einzuleiten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. mit der Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH (HBG) zum 1. Januar 1993 zu beginnen, dabei
2. die Versorgung der Soldaten in entlegenen und kleinen Standorten weiter zu gewährleisten und
3. weiterhin ein preisgünstiges Angebot für wehrdienstleistende Wehrpflichtige sicherzustellen.“

Bonn, den 4. November 1992

Der Verteidigungsausschuß

Dr. Fritz Wittmann

Vorsitzender

Dieter Heistermann

Berichterstatter

Karl Stockhausen

Bericht der Abgeordneten Dieter Heistermann und Karl Stockhausen

Der Antrag wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 1991 im vereinfachten Verfahren zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 22. Januar 1992 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen, mehrheitlich mit der Maßgabe, den für den Bericht des Bundesministers der Verteidigung genannten Termin „31. Dezember 1991“ durch „1. April 1992“ zu ersetzen, angenommen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 13. November 1991 anberaten und in seiner 44. Sitzung am 4. November 1992 abschließend beraten.

Die Koalitionsfraktionen hoben hervor, daß das bisherige System nicht mehr zeitgemäß sei. Insbesondere durch die Reduzierung der Streitkräfte und der damit verbundenen Stationierungsentscheidung stehe man vor Problemen, die gelöst werden müßten. Auch nach einer Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft wird der Bund seiner Fürsorgepflicht nach § 31 Soldatengesetz nachkommen können. Vertragliche Regelungen mit den privaten Betreibern seien möglich und würden entsprechend vereinbart. Damit würden auch die Interessen der Soldaten voll und ganz gewahrt bleiben. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. habe wegen des Zeitablaufs seit der Einbringung des Antrages im Plenum aktualisiert werden müssen.

Die Bundesregierung werde nunmehr aufgefordert, mit der Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH zum 1. Januar 1993 zu beginnen. Auch nach erfolgter Privatisierung müsse die Versorgung der

Soldaten in entlegenen und kleinen Standorten weiter gewährleistet und ein preisgünstiges Angebot für die Wehrpflichtigen sichergestellt werden.

Für die Fraktion der SPD führe der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft auf einen falschen Weg. Auch nach der Aktualisierung des Antrags — Drucksache 12/1292 — durch die Koalitionsfraktionen könne die Fraktion der SPD diesem Antrag wegen grundsätzlicher Bedenken nicht zustimmen. Nach wie vor bestünde eine Vielzahl von Fragen, die einer klaren Antwort durch das Ministerium bedürften. Insbesondere müsse das Ministerium dazu Stellung nehmen, wie die militärischen Führungsstäbe zu den Privatisierungsbestrebungen stünden und wie der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nach § 31 Soldatengesetz bei einer Privatisierung der Heimbetriebsgesellschaft mbH gerecht werden wolle. Auch die Betreuung der Soldaten im Ausland müsse zukünftig gewährleistet sein. Die Fraktion der SPD frage weiterhin, welche Forderungen der Bund bei der Privatisierung der Heimbetriebe an die Heimbetriebsleiter hinsichtlich

- der Überlassung von bundeseigenen Liegenschaften,
 - der Ausstattungen der Wirtschafts- und Betreuungsinfrastruktur und
 - der Bewirtschaftungskosten
- stellen werde.

Der Ausschuß nahm den Antrag in der geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit beider parlamentarischer Gruppen mehrheitlich an.

Bonn, den 4. November 1992

Karl Stockhausen

Dieter Heistermann

Berichterstatler